



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
MAG. VIKTOR KLIMA

II-11175 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 711 62-9100
Teletex (232) 3221155
Telex 61 3221155
Telefax (0222) 713 78 76
DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 5901/50-4-93

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.
Dr. Leiner und Kollegen vom 13. Juli 1993,
Zl. 5193/J-NR/1993, "Fahrradunfälle von Kindern"

51901AB

1993-09-14

ZU 51931J

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu Frage 1:

"Halten Sie die Einführung einer Helmpflicht bzw. die freiwillige Verwendung von Sturzhelmen für Kinder beim Radfahren für eine wesentliche Verbesserung des Schutzes für Kinder? Wenn nein, warum nicht?"

Ich halte die Benutzung von Sturzhelmen für Kinder beim Radfahren für einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Kinder vor Verletzungen im Straßenverkehr. Es sollte jedoch versucht werden, nicht jede sinnvolle Maßnahme sofort mittels Sanktionen durchsetzen zu müssen. Vielmehr appelliere ich auch an das Verantwortungsbewußtsein der Eltern, denen es ein Anliegen sein muß, ihren Kindern den bestmöglichen Schutz zu gewähren.

Zu Frage 2:

"Werden Sie in Zukunft vermehrt darauf drängen, daß die Anliegen der Kinder als Straßenbenützer mehr Beachtung finden? Wenn nein, warum nicht?"

Dazu darf ich Ihnen mitteilen, daß ich bereits bisher immer darauf gedrängt habe, daß die Anliegen der Kinder als Straßenbenützer mehr Beachtung finden. So sind im Entwurf der 19. StVO-Novelle spezielle Bestimmungen vorgesehen, die den Kindern unter anderem beim Überqueren einer Straße, aber auch im Rahmen des Schülerlotsendienstes einen besonderen Schutz zukommen lassen sollen. Zudem wurde auch der Vertrauensgrundsatz dergestalt formuliert, daß nunmehr ein erhöhter Schutz für Kinder gegeben ist.

Zu Frage 3:

"Werden Sie dafür Sorge tragen, daß die freiwillige Radfahrprüfung für Kinder qualitativ verbessert wird und eine praktische Prüfung in der Verkehrsrealität beinhaltet? Wenn nein, warum nicht?"

- 2 -

Ich gehe davon aus, daß Sie eine praktische Prüfung auf Straßen mit öffentlichem Verkehr wünschen. Dies, so wurde mir berichtet, beinhaltet jedoch die Risiken des täglichen Verkehrs und es gibt bisher unterschiedliche Auffassungen, wer die Verantwortung für eventuelle Unfälle bei einer derartigen praktischen Prüfung im tatsächlichen Verkehr übernehmen sollte. Ich kann Ihnen aber versichern, daß meine Mitarbeiter mit diesem Problem befaßt sind, und es einer Lösung zuführen werden. Jedenfalls darf eine Entscheidung in dieser Frage nicht dazu führen, daß die freiwillige Radfahrprüfung in der Folge nicht oder nur in sehr reduziertem Maß mehr angeboten wird.

Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß die mir vorliegenden Berichte über die Qualität der freiwilligen Radfahrprüfung durchaus über positive Wirkungen berichten.

Zu Frage 4:

"Werden Sie darauf drängen, daß gerade an den Schulen verstärkt die Verkehrssicherheit propagiert wird?"

Dazu darf ich Ihnen mitteilen, daß es vor allem auch eine Angelegenheit der Schulen und der Elternvereine sein sollte, sich der Verkehrssicherheit gerade in den Schulen besonders anzunehmen. Ich habe aber auch in diesem Jahr eine konkrete Aktion in den Schulen zum Thema Verkehrssicherheit vorgesehen. Darüber hinaus sollten aber auch weitere Maßnahmen im unmittelbar schulischen Bereich gesetzt werden. Von meiner Seite wurden im Rahmen der Zuständigkeit auch in der Vergangenheit schon entsprechende Maßnahmen, u.a. auch aus Mitteln des Verkehrssicherheitsfonds, gesetzt.

Zu Frage 5:

"Werden Sie mit dem Handel und den Produzenten Verhandlungen führen, damit nicht nur Fahrräder vermehrt mit Sicherheitsausrüstungen ausgestattet werden, sondern auch verbesserte und für Kinder geeignete Fahrradhelme angeboten werden? Wenn nein, warum nicht?"

Ich gehe davon aus, daß auch die Wirtschaft und der Handel ein Interesse daran haben, entsprechend ordnungsgemäße Produkte in den Verkehr zu bringen. Ich glaube, Sie sind mit mir einer Meinung, daß man nicht davon ausgehen kann, daß der Handel grundsätzlich ungeeignete oder nicht dem Stand der Technik entsprechende

- 3 -

Produkte dem Konsumenten zur Verfügung stellen will. Auch einschlägige Institutionen, wie beispielsweise das Kuratorium für Verkehrssicherheit sowie die Automobil- und Radfahrerclubs sind bemüht, auf den Handel und die Produzenten dahingehend einzuwirken.

Zu Frage 6:

"Werden Sie eine groß angelegte Werbekampagne für diese der Sicherheit der Kinder dienenden Maßnahmen durchführen? Wenn nein, warum nicht?"

Im Rahmen der (sehr beschränkten) meinem Ressort für Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Verkehrssicherheit zur Verfügung stehenden Mittel ist auch im bevorstehenden Schuljahr wieder ein Schwerpunkt Kinderverkehrssicherheit vorgesehen. Der Bereich Radfahren wird dabei einen wichtigen Stellenwert einnehmen. Allerdings darf sich die Arbeit in diesem Bereich nicht nur auf passiven Verletzungsschutz beschränken, weshalb hier eine Vielzahl von Maßnahmen zu betreiben sein werden.

Zu Frage 7:

"Wann werden Sie die oben angeführten Maßnahmen ergreifen, bzw. bis wann ist mit einer Realisierung zu rechnen?"

Es darf auf die Fragen 1 bis 6 verwiesen werden.

Wien, am 10. September 1993

Der Bundesminister

